fakten

Protest gegen ‚Soldatenzeitung'

37 namhafte Persönlichkeiten der Bundesrepublik fordern in einem Brief Inge Aicher-Scholl, der Schwester der ermordeten Geschwister Scholl, angeregten Appell an Bundespräsident Gerstenmeier Schritte gegen den „Mißbrauch der Meinungsfreiheit" in der „Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung". Frau Aicher-Scholl, Prof. Heisenberg, Prof. Thomas Mann, Günther Grass u. a. äußern darin ihre Besorgnis über die Spalten der Zeitung „verbreiteten antidemokratischen und im Wesen faschistischen Gedanken".

Studenten sammeln Nazidokumente

Eine fünfköpfige SDS-Delegation sammelte in Moskau Dokumente über höhere SS-Führer und nahm Verbindung mit dem Moskauer Institut für Zeitgeschichte und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer auf. Ziel ist die Verständigung einer SDS-Dokumentation über alle von 1933 bis 1953 im Justizdienst tätigen Beamten.

Uneinig über „Oder-Neiße und Memel"

An der Würzburger Universität feierte kürzlich ein „Festkommers", zu dem der Rektor sein Erscheinen davon abhängig machte, daß nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen wurde, worüber sich das Präsidium der Korporationsvereinigung nicht einig wurde.

Niedersachsen: Vorlesungsstreiks

Mit Vorlesungsstreiks und Schweigeschichten protestierten 4500 Studenten der Pädagogischen Hochschule Hildesheim und Braunschweig gegen den Schulartikel des Konkordats und die Schulgesetznovelle.

SDS für Entspannung

Der LSD beschloß auf seiner Jahreshauptdelegiertenkonferenz, gegen die Bestrebungen des VDS eine Delegation zu den Weltfestspielen in Algier zu entsenden. Er fordert außerdem eine Fortsetzung der Entspannungspolitik. Da die FDP dies nicht getan hat, erklärte der bayrische LSD, nicht mehr mit der bayrischen FDP zusammenarbeiten zu können. Auch der Westberliner Verband überprüft gegenwärtig das Verhältnis zu seiner Partei.

debatte

Vertrauen ist Voraussetzung

Die UZ-Redaktion hatte Wissenschaftler und Studenten der Fachrichtung Konsumgüterhandel eingeladen zu einem Gespräch über die Probleme, die Günter Mauersberger und Dieter Willenberg aus dem 3. Studienjahr in Nr. 16/65 vom 29. April aufgeworfen hatten („Es geht uns wie Experimentierkaninchen"). Gefolgt waren der Einladung außer den Autoren Genosse Dozent Dr. Rühlemann als Fachrichtungsleiter und Klaus Penze, Studienfunktionär der FDJ-Leitung.

Das Gespräch entzündete sich an der Bemerkung im Artikel, den Studenten werde das Mitspracherecht bei der Gestaltung des Studiums abgesprochen. Da sich die Autoren hierbei auf eine entsprechende Äußerung eines Wissenschaftlers beriefen, entgegnete DR. RÜHLEMANN zunächst, es entspreche aber nicht der allgemein geübten Praxis des Lehrkörpers, die Vorschläge und Wünsche der Studenten zu ignorieren.

Darauf DIETER WILLENBERG: Es ist nicht die allgemeine Praxis, aber es gibt eine Reihe Fälle ...

WIR meinen: Der Artikel spiegelt ein Stückchen Praxis wider. Unsicherheit und Unzufriedenheit haben ihre praktischen Gründe. Die Ursachen wurden genannt: Ungewißheit über den Fortgang der Ausbildung, ungenügende Praxisverbindung, Verschleppung notwendiger Maßnahmen.

DR. RÜHLEMANN ist der Meinung, vor einem halben Jahr noch habe diese Unzufriedenheit ihre Berechtigung gehabt, heute aber, da der Entwurf für das fünfjährige Studium vorliegt, nur noch abgeschwächt. Er äußert dann Bedenken zu dem Vorschlag der Studenten, einen Praxistag ins Studium einzuführen und plädiert, eine Unterschätzung der Theorie durch die Studenten vermutend, für eine ständige Verbindung der jeweiligen theoretischen Probleme mit gezielten praktischen Aufgabenstellungen.

KLAUS PENZE antwortet ihm: Die im Artikel aufgeworfenen Probleme sind nach wie vor Tagesordnungspunkt Nr. 1. **Erstens:** Einige Wissenschaftler spielen die Beleidigten, wenn die Studenten mit einem Vorschlag zur Veränderung der Ausbildung auftreten und sprechen von Kompetenzüberschreitung. **Zweitens:** Viele Studenten sind unsicher, ob sie in der Praxis bestehen können, sie wissen einfach nicht, was die Praxis von ihnen verlangt. Sie haben deshalb Furcht, sich bei den Absolventengesprächen nach dem 6. Semester zu entscheiden. **Drittens:** Gut und schön, wenn jetzt die Konzeption für das fünfjährige Studium fertig ist, doch wir haben bereits fast drei Jahre studiert, wir brauchen Übergangslösungen. Wir wissen aber heute noch nicht, wie unser 4. und 5. Studienjahr aussehen werden und möchten das nicht erst eine Woche vorher erfahren.

DIETER WILLENBERG nennt ergänzend eine Reihe Probleme, die für das 3. Studienjahr mit der Ausarbeitung des neuen Studienprogramms nicht geklärt sind: Wie soll die Spezialausbildung im 7. Semester aussehen, wie sollen die Überschneidungen von Statistik und Rechnungswesen beseitigt werden, wie können wir die Praxisanforderungen besser kennenlernen? Es geht uns nicht schlechthin um einen Praxistag, sondern um eine spezielle Aufgabenstellung, die uns helfen soll, die neuesten Probleme der Praxis und die Probleme, an denen die Wissenschaftler in Forschungsgruppen arbeiten, besser kennenzulernen. Er nennt Beispiele dafür, daß es kein enges Zusammenwirken von Lehrkörper und Studenten bei der Erörterung der Studienprobleme gibt. So besuchten viele Studenten bereits vor dem 3. Studienjahr die derzeit fakultative Vorlesung von Prof. Grundke über Warenkunde, jetzt ist sie – nicht wesentlich verändert – obligatorisch, und es führt kein Weg zu einer vernünftigen Lösung.

DR. RÜHLEMANN schlußfolgerte, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrkörper und Studenten, das gegeben wird durch die gemeinsame Beratung aller erforderlichen Maßnahmen und die konsequente Durchführung des Beschlossenen, verbessert werden muß. Bestimmte Dinge seien zwar schon verändert worden, aber er gibt den Studenten recht: Das ist noch nicht umfassend genug geschehen. Er sagt zu, daß für das 3. Studienjahr eine Überleitungsvariante zum neuen Studienplan ausgearbeitet wird und alle studentischen Vorschläge vom Lehrkörper beraten werden.

WIR vereinbaren schließlich: Die Studenten des 3. Studienjahres Konsumgüterhandel berichten entweder Ende des Semesters oder Anfang des Herbstsemesters darüber, was sich verändert hat.

G. L.

debatte

kommentare

Gezügelte Rebellion

Am 1. Juli werden die westdeutschen Studenten auf die Straßen gehen, um gegen den Bildungsnotstand zu protestieren. Diese Aktion wurde Ende April in Bonn auf dem 8. westdeutschen Studententag beschlossen. Und beim 1. Juli soll es nicht bleiben. Da sich der Bonner Staat stiefmütterlich um Wissenschaft und Wissensförderung kümmert, wollen nun die Studenten mit ihren Organisationen im Alleingang für die Bildung „werben", ein Unternehmen, das freilich keinen Deut an den Zuständen ändern wird, vielleicht aber doch zu einigem Nachdenken über Erhards „formierte Gesellschaft" anregt.

CDU, SPD und FDP hatten ihre Gelaredner zu den unzufriedenen Studiosi geschickt. Sowohl SPD-Chef Brandt als auch Dufhues von der CDU versuchten es mit der Umarmungstechnik: Wir sind mit euch schon immer einer Meinung ... Und es muß wie ein Hohn wirken, daß ausgerechnet der Vertreter der Regierung, die alles in die Atomrüstung pulvert und seit zwei Jahrzehnten den westdeutschen Bildungsnotstand systematisch herbeiregiert hat, sich in dieser Weise plump anbiedert und die Tatsachen auf den Kopf stellt. Die Studenten reagierten mit Zischen, Buhen und Auslachen und ihrer „Aktion 1. Juli".

Das war aber eigentlich schon das einzige bißchen Rebellion. Als die Vertreter fortschrittlicher Studentenorganisationen weitergehende Forderungen stellten, nach einem Stipendium für alle Studenten analog dem Beispiel der DDR, nach Aktionen gegen die Notstandsgesetze, blieb die Mehrheit wohlerzogen schweigsam und trank die Gratislimonade einer noblen Getränkefirma. Außerhalb des Studententages wandten sich fünf Studentenorganisationen mit einem Appell gegen die Notstandsgesetze an die Öffentlichkeit. Hier wurde deutlich, daß man gegen den Bildungsnotstand in Bonn nur ankommen kann, wenn man auch gegen den Staatsnotstand kämpft.

Und so werden auch am 1. Juli die westdeutschen Studenten mit geteilter Meinung auf die Straße gehen, die einen als von der CDU geduldete bescheidene Forderer, die anderen als Mahner gegen die Vergewaltigung der Demokratie. Die wirklichen Ursachen für den Bildungsnotstand in Westdeutschland werden aber letzten Endes nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu beseitigen sein.

Karl-Heinz Röhr

SOLIDARITÄT *1964 wurden von den Solidaritätsbeiträgen unserer Gewerkschaftsmitglieder u. a. 3840 Mark für die Betreuung von Gästen aus den Volksdemokratien und jungen Nationalstaaten verwendet, 1000 Mark zur Finanzierung des Internationalen Frauenkongresses, 200 Mark als Unterstützung der Arbeit des Internationalen Friedenskomitees, 965 Mark für Ferienaufenthalte ausländischer Studenten.*

fakten

260 gratulierten zum 600.

Zwischen dem 9. und 14. Mai beging die Alma mater Rudolphina zu Wien, die älteste hohe Schule im deutschen Sprachraum, ihren 600. Geburtstag. Unter den gratulierenden Vertretern von 260 Universitäten aus aller Welt befand sich auch der Rektor der Karl-Marx-Universität, Magnifizenz Prof. Dr. Georg Müller. Zu den neu ernannten Ehrendoktoren gehören auch Prof. Mothes, Halle, und Prof. Wolf, Rostock.

Fernseh-Uni für England

Großbritannien wird eine Fernsehuniversität einrichten, die jedem Gelegenheit zum Studium am heimischen Bildschirm und zum Erwerb akademischer Grade gibt. Das kündigte der britische Kultusminister, Frau Jennie Lee, im Unterhaus an. Das Kultusministerium glaubt, nicht ohne die Hauptsendezeiten auszukommen, so daß die geplante Fernseh-Hochschule die Einrichtung eines neuen Fernseh-Kanals erforderlich machen dürfte.

meinungen

über Meinungsfreiheit

ERICH KUBY (zu Kogon): Glauben sie, der Zar in Bonn kratzt sich, wenn Sie telegen im Fernsehen auftreten? ... Sie können als Realgesinnter sich der Exekutive, der oberen Schicht nicht mehr verständlich machen ...

EUGEN KOGON: Sie haben keinen direkten Einfluß auf Herrn Adenauer, aber Sie können einen indirekten ausüben über die öffentliche Meinung ...

KUBY: Womit wirkt die Exekutive auf das Volk? Durch Demagogie und durch nichts anderes! Und der Realgesinnte soll nun seinerseits diesen Konkurrenzkampf mit der Demagogie aufnehmen? Hier ist er überfordert oder unterfordert, wenn Sie so wollen ...

CARLO SCHMID: Für wen schreiben Sie dann überhaupt ...?

KUBY: Genau das ist die Frage! ... Verehrter, Sie suchen zu entschuldigen, oder Sie suchen zu verbergen, was effektiv ist, daß der Hitler hochkam, obwohl es eine riesige intelligente, vernünftige, demokratische Presse gegeben hat, und daß bei uns vom Strauß bis Schröder alle Leute die Macht haben ... Und das liegt ... daran, daß hier keine Aussprachemöglichkeit mehr ist, daß den Realgesinnten eben nur das Wort gegeben ist ...! Ich glaube nicht ..., daß es möglich ist, in den Konkurrenzkampf mit der Demagogie einzutreten ... Furtwängler im Dritten Reich sind wir, ein Dekorationsstück. (Aus einem Streitgespräch im Jahre 1960)

„Welt am Sonntag", 2. Mai 1965:

So geht es nicht!
Von ROLAND ROHE

Jeder deutsche Student soll ein bis zwei Semester seines Studiums in Berlin verbringen. So fordert es die Bundesregierung seit Jahren. Und sie fordert es zu Recht. Denn jeder Westdeutsche, ob Facharbeiter, ob Student oder ob nur Besucher — er bedeutet eine Stützung für die Sache des freien Teils der Stadt in politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt moralischer Hinsicht.

Die Studenten kommen besonders gern. Das Ansehen, daß sich die freie Universität inzwischen in aller Welt erworben hat, mag sie ebenso anziehen wie das Flair der großen Stadt. So waren auch diesmal über 3000 Studenten dem Ruf nach Berlin gefolgt und hatten sich beworben. Der Erfolg? Fast 6000 Anträge wurden abschlägig beschieden.

Studenten mit Sondervergünstigungen nach Westberlin locken, um zu beweisen, wie gerne sie die Frontstadt stärken, und dann in Laboratorien übereinander hocken lassen – so sieht das „Ansehen" der freiesten Universität aus!

zitate

gedanken

„Restauration oder Neubeginn"

Auf dem Gelände der „Freien Universität" Westberlin demonstrierten vor einigen Tagen Studenten (unser Bild). Sie trugen Plakate, planten und realisierten wenigstens teilweise Resolutionen und Vorlesungsstreiks gegen den Beschluß des Rektors, einer Podiumsdiskussion über „Restauration oder Neubeginn" zum 8. Mai die Räume der Universität zu verweigern. Begründung: Erich Kuby, einer von vier Gesprächsteilnehmern, hatte 1958 den Namen der Dahlemer Universität kritisiert, weil „Freie Universität" eine polemische antithetische Bindung zur angeblich unfreien Humboldt-Universität beinhalte und dadurch eigene Unfreiheit offenbare.

Inzwischen fand die Veranstaltung statt, allerdings in einem Raum der Technischen Universität, der nicht dem Hausrecht von deren Rektor untersteht.

Mir scheinen Vorspiel – Verbot – und Nachspiel – die Demonstrationen – doch wenigstens zwei Gedanken wert:

Zum ersten ergibt sich der Treppenwitz, daß des Rektors Verbot Kubys Kritik von 1958 bestätigte, denn zur „Freiheit" der freiesten Westberliner Universität gehört satzungsgemäß die Freiheit der Forschung, Lehre, **Meinungsbildung, Information,** die Rektor Lüers hier hintertrieb.

Das zweite und nach meinem Dafürhalten wichtigere ist aber der Hinweis des „Spandauer Volksblattes", daß es bereits hier gilt, die Freiheit zu verteidigen, nicht erst, „wenn Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden sollte". Der 8. Mai bot auch in Westberlin – trotz Rektor Lüers – Gelegenheit, über Vergangenes und Zukünftiges nachzudenken, sich dabei auch der Freunde und Feinde des deutschen Volkes zu erinnern. Man sollte sich tatsächlich überlegen, ob nur Strauß, Atomminenstratege Trettner und seine Konsorten zu den Feinden gehören. Was ist mit dem Rektor, der verbietet, Lehren aus der Geschichte zu ziehen? Mit den Westberliner Professoren, die im Gegensatz zu einigen ihrer Kollegen solches Verbot billigen, unterstützen? Mit den etwa 12 000 Dahlemer Studenten, die Verbot und Protestaktionen gleichgültig ließen? Die Frage zu beantworten, heißt überlegen, wohin Gleichgültigkeit, Duldung, Verbote das deutsche Volk schon führten. Womit wir beim Ausgangspunkt wären, dem Thema der Diskussion: „Restauration oder Neubeginn?"

Rolf Möbius

Foto: ZB

Hoffnungslos

Wenn an einer Universität ein über Siebzigjähriger noch studiert so ist das wert, als Rarität gemeldet zu werden. Nicht genug für die „Frankfurter Allgemeine". Die widmet dem auch für sie anonymen Studentenveteranen 55 Druckzeilen und philosophiert über „sich dehnende Existenzen, kaum erhoffte Weiten" usw. usw., um wieder einmal die Freiheit des Abendlandes zu beweisen (in der DDR ist das Studentenalter gesetzlich beschränkt). Laut FAZ sucht jener die „Scheidelinie der Moral ..., die durch unser soziales Leben gelegt ist", und nun wundert uns gar nichts mehr: Die kann er ja nie finden, und wenn er hundert Jahre alt würde – bei all der bundesdeutschen Klassenharmonie, die ihm die FAZ auf den übrigen 20 000 Druckzeilen ihrer Sonntagsausgabe weismacht.

*

Geographische Kenntnisse sind wahrscheinlich zu viel verlangt von einem „Handelsblatt", das noch dazu in Düsseldorf erscheint. Zwar zählt es die 600jährige Wiener Universität als älteste deutsche, aber den Halleschen Professor Mothes nicht zu den in Wien ernannten deutschen Ehrendoktoren. Sei's drum – wie das Wiener Beispiel lehrt, bleiben sie die einzigen Dummen.

glossen